

Leerstellen entstanden. Diese wurden vielerorts durch die sowjetischen Deportationsmaßnahmen verstärkt, da diese besonders Beamte (Lehrer, Offiziere) der nun nicht mehr existierenden Staaten erfassten. Weitere wichtige lokale Persönlichkeiten flohen vor dem Einmarsch der Wehrmacht in das Innere der Sowjetunion. Letztlich war im Frühsommer 1941 der Großteil der politisch engagierten Männer mittleren Alters, die bis dahin in der lokalen Gesellschaft Einfluss gehabt hatten, nicht mehr vor Ort. Bei einem genauen Blick auf städtische Situationen im Frühsommer 1941 lassen sich häufig defragmentierte Mikrokosmen mit fehlenden moralischen Instanzen und einem sozialen Vakuum konstatieren, die zweifelsohne Eskalationen ungeheuer begünstigten. M. erwähnt zwar, dass im Rahmen der Zusatzprotokolle auch Aussiedlungen eine Rolle spielten (S. 111, 347), geht aber nicht näher darauf ein. Die Deportationen werden ebenfalls nur sehr oberflächlich abgehandelt: „Massenweise wurden Tausende Leute verhaftet, die man für unerwünschte Elemente hielt. Grundlegendes Kriterium war deren Zugehörigkeit zu aufgelösten Institutionen, Organisationen und Parteien sowie der ehemaligen besitzenden Klassen. Unter ihnen waren sehr viele Juden“ (S. 141). Es liegt zu allen Teilregionen genügend statistisches Material vor, um hier akkurate Aussagen zu treffen und daraus auch entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn M. beispielsweise feststellt, dass es in Wilna zu keinen größeren Ausschreitungen im Frühsommer 1941 vor und während des Einmarsches der Wehrmacht kam, genügt es nicht als Begründung anzuführen, dass es wenig Litauer in der Stadt gegeben habe. Tatsache ist vielmehr, dass die städtische Gesellschaft weniger radikalisiert war als in Kaunas, da von Wilna aus im Juni 1941 keine Deportationen stattgefunden hatten.

M. weist darauf hin, dass die Pogrome „ein Element in einer langen Kette von Ereignissen war[en]“, aber „die Vernichtung erst mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in das Gebiet“ eingesetzt habe (S. 366). Ebenfalls müsse berücksichtigt werden, dass die negative „Vorbildwirkung“ der reichsdeutschen antijüdischen Politik seit 1933 großen Einfluss auf breite Kreise in den östlichen Anrainerstaaten ausgeübt habe und mentale Prädispositionen erzeugt worden seien. Selbst im besetzten Polen (ganz zu schweigen von den baltischen Staaten), seien die Deutschen zunächst bewundert worden. M. weist ganz zu Recht darauf hin, dass es sich bei diesem Phänomen, insbesondere auf Grund der langen kommunistischen Herrschaft, um ein Desiderat der Forschung handelt. Ebenfalls erörtert wird die Frage, ob diese Pogrome einen Bestandteil der „Endlösung“ gebildet hätten (S. 359), was der Autor klar verneint. Diese Fragestellung mag verwundern, unterstrichen werden muss jedoch, dass diese Pogrome von offizieller Seite der deutschen Besatzungsmacht zugerechnet worden waren, wenn sie nicht, wie es am häufigsten vorkam, verschwiegen wurden.

Insgesamt gibt der Band einen breiten Überblick und vermag eine Reihe von Fragen länderübergreifend zu beantworten, lässt aber, wie bereits erwähnt, noch ausreichend Raum für weiterführende Analysen. Insbesondere ist zu bemängeln, dass sich der Vf. nicht mit der aktuellen Forschungslandschaft und deren Ergebnissen auseinandersetzt. Insgesamt zeigen die hier präsentierten Forschungsergebnisse, dass die Geschichten einzelner Ethnien innerhalb multiethnischer Regionen im 20. Jh. nicht nur separat erforscht werden sollten. Es bedarf heute komplexer multiperspektivischer Untersuchungen, mittels derer Interdependenzen zwischen den Ethnien und der sie betreffenden Bevölkerungspolitik ausgelotet werden können. Nur so lässt sich herausarbeiten, welche Rollen und wechselnden Positionen ihnen innerhalb gesellschaftlicher Umbrüche zugeschrieben werden können.

Warszawa

Ruth Leiserowitz

**Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden.** Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941-1944. Klartext-Verl. Essen 2012. 502 S. ISBN 978-3-8375-0796-6. (€ 34,95.)

Tilman Plaths umfassende Analyse der nationalsozialistischen „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum ist aus einer Flensburger Dissertation im Rahmen eines Förderprogramms der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hervorgegangen mit dem

Ziel, Forschungslücken zur Zwangsarbeit während der NS-Herrschaft zu schließen. Das heterogene „Reichskommissariat Ostland“ entstand nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 als zivile Verwaltungseinheit und umfasste neben den drei baltischen Ländern Litauen, Lettland und Estland auch das westliche Weißrussland, das sogenannte „Weißruthenien“. Letzteres Gebiet schließt P. jedoch aus seiner Untersuchung aus, da die dortige deutsche Besatzungspolitik noch ungleich brutaler war und zudem als relativ gut erforscht gelten darf.

Die baltischen Länder waren kaum ein Jahr zuvor infolge des Ribbentrop-Molotov-Paktes unter sowjetische Herrschaft gelangt, hatten vor dem Ersten Weltkrieg jedoch zum Zarenreich gehört, wo Litauen und Lettgallen Teile des sogenannten „Ansiedlungsrayons“ (čerta osedlosti) gewesen waren, in dem sich die jüdische Bevölkerung des Russischen Reiches niederlassen durfte. Entsprechend vielfältig war die ethnische Struktur, die neben den baltischen Titularnationen vor allem große russische, weißrussische, polnische und jüdische Minderheiten umfasste. Insgesamt lebten in den „Baltischen Generalbezirken“ des Reichskommissariats 1941 gut 5 Millionen Menschen.

Die deutsche Herrschaft konnte daher grundsätzlich auf die alte imperiale Strategie „divide et impera“ zurückgreifen, indem sie mit Kooperationsangeboten und Repressionsmaßnahmen die einzelnen Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielte und so die historisch bedingten ethnischen Spannungen noch vertiefte. Neben einer Vielzahl einheimischer Akteure war aber auch das deutsche Besatzungsregime keinesfalls eine Einheit, sondern bestand aus Zivilverwaltung, Polizeiapparat, Militär sowie Vertretern verschiedener Institutionen aus dem Reich mit je eigenen Interessen.

Mit der „Arbeitseinsatzpolitik“, also dem Versuch, die Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung für die deutsche Kriegswirtschaft auszubeuten, hat P. ein zentrales, dennoch bislang wenig untersuchtes Betätigungsfeld des Besatzungsregimes herausgegriffen, in dem Vielfalt und Gegensätze der Interessen deutlich zutage traten. Wesentlich waren hier neben den Bedürfnissen der Kriegsökonomie vor allem die rassenideologisch bedingte „Neuordnung“ und Germanisierung des Baltikums, die bis zur „Vernichtung durch Arbeit“ führte. P. interessiert sich dabei besonders für die Konflikte um den Ort der Arbeit, nämlich in der Heimat oder im Reich, für Repression und Kooperation im Verhältnis zu den einheimischen Kräften, für das politische Gewicht der rassenideologischen Prinzipien und schließlich für die Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Akteure.

Dazu gliedert P. seine Untersuchung der „Arbeitseinsatzpolitik“ in zwei Hauptteile: zum einen mit Blick auf deutsche und einheimische Akteure, namentlich Zivilverwaltung, Polizei, Wehrmacht, Wirtschaftsorganisationen sowie die „Landeseigenen Verwaltungen“, zum anderen mit Blick auf die Betroffenen: Balten, Slawen, Juden und Roma sowie Deutsche und weitere „Arier“, d.h. baltische Umsiedler und Flüchtlinge aus Nordrussland sowie westeuropäische Siedler. Die Lektüre der Analyse dieses komplizierten Beziehungsgeflechtes erleichtern neben den Zusammenfassungen der größeren Kapitelabschnitte auch immer wieder eingestreute kleine Zwischenfazite, wobei Letztere sich allerdings nicht über das Inhaltsverzeichnis erschließen lassen.

Das Bild, das P. von der deutschen „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum zeichnet, ist generell geprägt vom inhumanen, rassenideologisch geprägten NS-Menschenbild, das zu einer Kategorisierung und Hierarchisierung der einzelnen Bevölkerungsgruppen vor allem nach Kriterien der Herkunft führte. Auch hinsichtlich der Konkurrenz und widerstreitenden Interessen der einzelnen Akteure gibt es viele Parallelen zur „Arbeitseinsatzpolitik“ in den anderen besetzten Gebieten Osteuropas. Für die Akteure im Baltikum stellt P. fest, dass Polizei, Wehrmacht und deutsche Wirtschaftsorganisationen mit zunehmender Kriegsdauer und ungünstigem Kriegsverlauf immer stärker zu repressiven Maßnahmen wie Deportationen, Zwangslagern und Razzien neigten, um wenigstens Teile der einheimischen Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen und zur Arbeit zu zwingen. Dagegen habe die politische Abteilung der Zivilverwaltung, vor allem auf unterer Ebene, stärker auf die Kooperation mit einheimischen Kräften gesetzt. Dabei hätten diese allerdings nur dann mit

den Besitzern kooperiert, wenn sich deutsche und einheimische Interessen deckten, ansonsten jedoch recht erfolgreich hinhaltenden Widerstand geleistet, zumal als sich die deutschen Kriegsperspektiven verschlechterten.

Was die Betroffenen der deutschen Politik angeht, gelangt P. ebenfalls zu einem differenzierten Bild: Generell seien die slawischen Minderheiten schlechter behandelt und weit öfter zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert worden, während der „Reichseinsatz“ der baltischen Mehrheitsbevölkerung zumindest anfangs eher einen freiwilligen Charakter gehabt habe. Besonders schlecht sei es jenen Slawen ergangen, die als Deportierte oder Kriegsgefangene ins Baltikum gelangten und dort in Lagern Zwangsarbeit verrichten mussten. Aber auch unter den Balten habe es Unterschiede gegeben: Rassistische Vorurteile hätten dazu geführt, dass die Litauer und Lettgallen im Osten Lettlands stärkeren Repressionen ausgesetzt gewesen seien als die übrige baltische Bevölkerung. Insgesamt, so P., lasse sich die Zahl der von Verschleppung, Internierung und Zwangsarbeit betroffenen einheimischen Slawen nicht beziffern. Es sei lediglich festzustellen, dass sie weit mehr unter Zwangsmaßnahmen hätten leiden müssen als die Balten. Letztlich hätten deutlich mehr als die bisher angenommenen 130 000 Arbeitskräfte aus dem Baltikum im Reich gearbeitet, wobei sich nicht beziffern lasse, wie viele von den Flüchtlingen des Jahres 1944 noch in Arbeit gebracht worden seien.

Im Unterschied zu Slawen und Balten habe die Behandlung der Juden im Baltikum von Anfang an unter dem „Primat der Vernichtung“ (S. 454) gestanden. Von 280 000 Juden überlebten nur 10 000 die deutsche Okkupation. Allerdings seien zu Beginn und gegen Ende des Besatzungsregimes die höchsten Opferzahlen zu beklagen gewesen, zwischenzeitlich habe die „Vernichtung durch Arbeit“ in den Gettos und KZ dominiert. Weniger einheitlich habe sich der Umgang mit den Roma gestaltet, bei denen angesichts unklarer oder fehlender Vorgaben die Behandlung von Massenmord (etwa die Hälfte der 3800 lettischen Roma, ein Drittel der 1500 litauischen Roma, aber sämtliche 741 estnischen Roma) über Zwangsarbeit bis zur Gleichbehandlung mit den übrigen Einheimischen reichte.

An der Spitze der rassistischen Hierarchie im Baltikum standen schließlich die Besatzer selbst, außerdem zugewanderte oder zurückgekehrte Deutsche, zugewanderte und einheimische Skandinavier sowie Freiwillige aus Westeuropa, vor allem aus Belgien und den Niederlanden. Aus ihnen sollten sich die Führungs- und Aufsichtskräfte für ein künftiges „germanisches“ Baltikum rekrutieren, und sie seien daher grundsätzlich mit entsprechenden Privilegien ausgestattet und bevorzugt behandelt worden.

Zusammenfassend beurteilt P. die deutsche „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum als wenig effizient, da Repression und Kontrolle zunehmend die Oberhand gewonnen und ernst gemeinte Kooperationsversuche zunichte gemacht hätten. Die baltischen „Landeseigenen Verwaltungen“ hätten die Spielräume, die ihnen die rassistisch motivierte deutsche Politik eröffnete, vor allem dahingehend genutzt, die größten Lasten auf die nicht repräsentierten slawischen Minderheiten abzuwälzen. So hätten sie eine weitgehende „Schonung“ der baltischen Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitigen deutschen „Menschenjagden“ auf die slawischen Minderheiten und der Vernichtung von Juden und Roma erreicht (S. 462).

Mit dem Rückgriff auf Archivalien aus allen behandelten Staaten sowie dem Einbezug der gesamten einschlägigen Literatur gelangt P.s Studie auf solidem Fundament zu überzeugenden Ergebnissen. Auffällig ist allerdings, dass die Untersuchung lediglich eine Perspektive von oben einnimmt, indem sie sich auf das Verwaltungshandeln und seine Folgen konzentriert, so wie es sich in deutschen und einheimischen Akten niedergeschlagen hat (S. 27 ff.). Eine Perspektive von unten, die auch Selbstzeugnisse der Betroffenen der „Arbeitseinsatzpolitik“ einbezieht, fehlt, wäre aber eine notwendige Ergänzung der vorliegenden Arbeit gewesen.

Halstenbek

Lars Jockheck